

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXXVI 2-2020

VENEZUELA: UTOPIEN UND KRISEN

Schwerpunktredaktion: Jonathan Scalet, Lukas Schmidt

Published by:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Inhalt

- 4 JONATHAN SCALET, LUKAS SCHMIDT
Venezuela: Utopien und Krisen
- 29 STEFAN PETERS
Zur Politischen Ökonomie von Rentengesellschaften:
Die Bolivarianische Revolution in Venezuela
- 55 MARGARITA LANGTHALER
Bildung und Gegenhegemonie in peripheren
Transformationsprozessen: Das Beispiel der bolivarianischen
Bildungspolitik in Venezuela

Essays

- 82 MARTHA LÍA GRAJALES
Populäre Macht in Venezuela
- 92 REINALDO ITURRIZA LÓPEZ
Der Einbruch des anderen Venezuela:
Zu den historischen Ursprüngen des Chavismus
- 108 MANUEL AZUAJE REVERÓN
Konservatives Zaumzeug im Ursprung der Bolivarianischen
Revolution: Vom libertären Aufstand zum ‚Weg über die Wahlen‘

Digital

- GERARDO ROJAS
Zwischen demokratischem Sozialismus und Bürokratisierung:
Zur Lage des Chavismus am Beginn des neuen Jahrzehnts
- 121 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 125 Impressum

Essay

MARTHA LÍA GRAJALES

Populare Macht in Venezuela

Die sozialen Unruhen, die einige Länder Lateinamerikas in den letzten Monaten erlebt haben, sind als Reaktion auf eine Reihe neoliberaler Maßnahmen der amtierenden Regierungen zu verstehen. Ihre venezolanische Entsprechung sind die als *Caracazo* bekannt gewordenen Ereignisse aus dem Februar 1989, als die marginalisierten bzw. „popularen“ Bevölkerungsgruppen (*sectores populares*)¹ der Hauptstadt Caracas und der umliegenden Gebiete gegen Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds auf die Straßen gingen, die unter anderem die Erhöhung der Treibstoffpreise und damit auch der Fahrpreise des öffentlichen Nahverkehrs vorsahen. Die großen, von den popularen Bevölkerungsgruppen geleiteten spontanen Mobilisierungen führten zu Plünderungen, auf die das venezolanische Militär von Beginn an mit Repressionen antwortete, die in den darauffolgenden Tagen bis zu 2000 Todesopfer forderten.

Dieses Aufeinandertreffen von Widerstand und Spontanität auf der einen Seite und der entfesselten staatlichen Gewalt auf der anderen Seite markierte einen Wendepunkt, der zu einem großen Teil die Genese des politischen Prozesses erklärt, der sich in der Figur des ‚Comandante Chávez‘ verkörpern sollte. Dessen Aufstieg begann mit dem versuchten Staatsstreich von 1992 und setzte sich mit dem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen von 1998 fort². Chávez’ Programm für diese Wahlen war sehr schlicht, aber deshalb nicht weniger tiefgreifend: Angesichts des Überdrusses an der traditionellen politischen Klasse, der weite Teile der Bevölkerung zu dieser Zeit erfasst hatte, schlug Chávez eine Neugründung der Republik mithilfe eines breit angelegten und partizipativen verfassungsgebenden Prozesses vor, in dem die historisch ausgeschlossene Bevölkerung – *el pueblo* – zur politischen Protagonistin werden sollte.

Dieser Prozess stand von Beginn an unter kontinuierlichem Druck von Seiten der nationalen und internationalen rechtsgerichteten Kräfte unter der Führung der imperialen Regierungen der USA. Dennoch konnte erreicht werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich ein Modell der partizipativen und protagonistischen Demokratie³ aneignete, in dem die verarmte Bevölkerungsmehrheit das Zentrum der politischen Agenda bildet, an deren Interessen sich die Tätigkeit der revolutionären Regierung zu orientieren hat.

Die Aneignung dieses politischen Modells zeigte sich unter anderem in einem bedeutenden quantitativen wie qualitativen Wachstum gesellschaftlicher Partizipation und Organisation. Die Räume gesellschaftlicher Teilhabe breiteten sich im ganzen Land aus. Eine ganze Reihe selbstorganisierter Initiativen wie die lokalen Komitees zur Verwaltung von städtischem Land oder der Wasserversorgung, Kooperativen und andere solidarökonomische Projekte, lokale Selbstverwaltungsstrukturen wie die „Bolivarianischen Zirkel“, die „kommunalen Räte“ und die „Comunas“⁴, kulturelle wie feministische Kollektive und viele andere flochten ein Netz populärer Macht, das ausgehend von der konkreten lokalen Praxis zu einer wichtigen Instanz der Politisierung wurde. Ganze Nachbarschaften und Gemeinden begannen sich zu organisieren, um ihre zentralen Probleme zu identifizieren und Lösungen für diese zu finden. Die nationale Regierung förderte diese Prozesse durch technische Unterstützung oder die Bereitstellung von Ressourcen und ermöglichte damit ein gesellschaftliches Experimentieren für den Aufbau echter populärer Selbstverwaltung auf lokaler Ebene.

Im Rahmen des von Chávez initiierten strategischen Horizonts wurden diese partizipativen Experimente nie bloß als Möglichkeiten politischer Teilhabe begriffen. Es handelte sich hierbei vielmehr um selbstverwaltete Räume, in denen die Bevölkerung tatsächlich die politische Gestaltungsmacht ausüben sollte, und die damit aus ihren konkreten lokalen Realitäten heraus einen Beitrag zur Transformation des bürgerlichen Nationalstaats und zum Aufbau des Sozialismus leisten würden:

„Ihr müsst hier die Regierung sein – nicht der Bürgermeister, und noch weniger der Gouverneur – nein! Das sind Bereiche der Regierung, die wir nicht beseitigen werden. Ihr müsst im Rahmen des Aufbaus der Comunas jeden Tag höhere

Niveaus an populärer Macht, an Selbstregierung, an dem, was István Mészáros in seinem wunderbaren Buch ‚Jenseits des Kapitals‘ gesellschaftliche Rechenschaftspflicht und allgemeine Selbstverwaltung nennt, schaffen. Kurzum: Ihr müsst die Comunas zu Orten populärer Selbstregierung machen. Dabei wird die einfache Bevölkerung – organisiert in Versammlungen – in Zukunft selbst die Gesetze für die eigene Gemeinde erlassen, aber immer im Rahmen der Verfassung, der bundesweiten Gesetze und Projekte und der nationalen Integration. In der Comuna muss eine noch höhere Ebene des Regierens erreicht werden, in der die kommunalen Räte Teil einer kommunalen Selbstverwaltungsbehörde werden [...]“ (Chávez Frías 2009: 10).

Gemäß dieser Vorstellung ist populäre Macht Mittel wie auch Zweck. Sie schafft Räume der Selbstverwaltung, die soziale Beziehungen fernab einer kapitalistischen Logik ermöglichen und fördern. Die durch den Staat von oben angestoßenen Handlungen unterstützen den Aufbau populärer Macht von unten, ohne diese zu ersetzen oder zu kooptieren. Staatliche und populäre Macht sind somit über eine komplexe und spannungsgeladene strategische Allianz verbunden.

Der Staat ist ein umkämpftes Terrain, und die Kräfte des selbstverwalteten Sektors dürfen nicht aufhören, ihn im Sinne ihrer Interessen zu nutzen, damit der Staat in seiner aktuellen Form schrittweise durch eine neues populäres Institutionengefüge ersetzt wird, in dem politische Entscheidungs- und Gestaltungsmacht von unten nach oben wirkt.

Mit Chávez’ Tod, der ökonomischen Krise und den brutalen wirtschaftlichen Sanktionen, die in illegitimer Weise auf Venezuela lasten, hat dieses Projekt eine herbe Schwächung erlitten.

Im Bereich des Politischen wurde die externe Kontrolle über diese neuen Selbstverwaltungsstrukturen erhöht. Das beinhaltet im Falle der kommunalen Räte zum Beispiel, dass der Wahlprozess der Sprecher*innen eingeschränkt wurde, um garantieren zu können, dass Posten von Personen besetzt werden, die loyal zur Partei und zur nationalen Regierung stehen. Außerdem wurden sogenannte „Lokale Komitees zur Versorgung und Produktion“ (*Comité Local de Abastecimiento y Producción, CLAPS*) als neue Überstruktur zu den kommunalen Räten geschaffen, die direkt aus der Partei heraus und ohne Beteiligung der Bürger*innenversammlungen besetzt werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht basierten viele dieser organisatorischen Experimente auf einer hohen Abhängigkeit von staatlichen Mitteln, und als diese zurückgingen, verringerten sich auch die lokalen organisatorischen und politischen Kapazitäten vor Ort.

Angesichts der verschärften Angriffe von Seiten der nationalen und internationalen Rechten hat die politische Führung des Chavismus die Maxime der „Staatsraison“ ausgerufen. Entscheidungsbefugnisse wurden wieder zentralisiert und die Organisationen populärer Macht zunehmend als Mittel staatlicher Machterhaltung begriffen, während die zentrale Rolle der subalternen Klassen durch jene der Partei-Avantgarde ersetzt wurde:

„[...] die Macht der popularen Gruppen wird mit der Macht der Partei verwechselt [...]. [I]ndem Formen populärer Macht von der staatlich-parteilichen Macht kooptiert werden, verdrängen Partei und Staat die führende Rolle und die Autonomie der subalternen und unterdrückten Klassen“ (Mazzeo 2016: 105).

Allmählich wurden so die Instanzen populärer Macht ihrer transformativen Kraft beraubt. Statt die Basisbewegungen als politische Subjekte zu begreifen, wurden sie zu „Nutznießer*innen“ oder Objekten staatlicher Protektion abgewertet, denen die Fähigkeit abgesprochen wurde, den revolutionären Prozess zu lenken.

Auch wenn die Mobilisierung populärer Macht in Venezuela und ihre Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen, aus den oben beschriebenen Gründen abgenommen haben und im Allgemeinen ein Rückgang von politischer Beteiligung und Engagement zu verzeichnen ist, gibt es organisatorische Erfahrungen und Projekte, die, selbst unter diesen schwierigen Bedingungen, sich nicht nur erhalten, sondern ihre politischen und wirtschaftlichen Prozesse ausbauen und weiterentwickeln konnten. Es handelt sich dabei um

„selbstorganisierte Räume, die nach Prinzipien und Regulatorien funktionieren, die sich radikal von jenen kapitalistischer, kolonialer und patriarchaler Gesellschaften unterscheiden [...]. [Es] sind Konsensgemeinschaften, die auf der Teilhabe aller ihrer Mitglieder beruhen [...]. Sie gelten als realistische Utopien oder besser Heterotopien. Ihr Ziel ist es, hier und jetzt eine andere Art von Gesellschaft zu errichten, eine Gesellschaft, die von den heute dominanten Herrschaftsformen befreit ist“ (Santos 2018: 314).

Einige Projekte, die diese Ansprüche verkörpern, sind etwa der *Plan Pueblo a Pueblo*, die Comuna *El Maizal*, die Comuna *Altos de Lídice*, die Comuna *El Panal 2021* und die Kooperative *Unidos San Agustín Convive*. Diese Organisationen sind politische Vorbilder, die durch ihre konkrete Praxis zeigen, dass der Aufbau des Sozialismus aus den lokalen Territorien heraus die beste Antwort ist, um der politischen und wirtschaftlichen Belagerung, die Venezuela derzeit erlebt, entgegenzutreten und sie zu überwinden.

Im Rahmen des *Plan Pueblo a Pueblo*⁵ beispielsweise produzierte eine Vereinigung von nicht mehr als 140 freien und assoziierten Produzent*innen in selbstverwalteten Kleinst- oder Familienbetrieben auf nur 100 Hektar Land in den letzten vier Jahren mehr als 1.800 Tonnen Lebensmittel. Bemühungen zur Rettung einheimischer, sorten- und samenfester Sorten und die eigenständige Produktion von Saatgut sollen die Abhängigkeit der bäuerlichen Produzent*innen von Importen begrenzen. Der Aufbau eines Vertriebssystems wiederum, das auf neuartigen Beziehungen zwischen Stadt und Land beruht, die Zwischenhändler aus der Produktionskette ausschließen, ermöglichte mehr als 2.500 Familien wöchentlich Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln mit einer Ersparnis von über 60 Prozent gegenüber den Marktpreisen.

Die Comuna *El Maizal* („Das Maisfeld“) wurde am 5. Dezember 2009 auf Land gegründet, das der venezolanische Staat von einem Großgrundbesitzer enteignet hatte, und zählt heute zu den wichtigsten Selbstverwaltungsprojekten des Landes. *El Maizal* besteht aus 22 kommunalen Räten und verwaltet ein 2.200 Hektar großes Gelände, auf dem Mais, Bohnen, Erbsen, Gemüse und Kaffee, aber auch Schweine- und Rindfleisch, Käse und andere Milchprodukte produziert werden. Die Comuna hat sich dem Kampf gegen den Großgrundbesitz verschrieben und fördert als ein Zentrum für revolutionäre Demokratie die gesellschaftliche Organisation, damit Menschen in ihren Regionen die Voraussetzungen vorfinden, um soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Räume der Selbstverwaltung und der Demokratie schaffen zu können.

Im Gegensatz zu den Geschehnissen auf nationaler Ebene weitet sich die Partizipation hier aus und entwickelt sich qualitativ und quantitativ weiter. 2017 wurden in autonomen Wahlen aus der Basis der Gemeinde Kandidat*innen für verschiedene Ebenen politischer Beteiligung wie die verfassunggebende Nationalversammlung, das Bürgermeister*innenamt

und die Gemeinderäte bestimmt und in allen Fällen ein überwältigender Wahlsieg errungen. Im Fall der Stadtverwaltung wurde dieser von den staatlichen Behörden jedoch unter dem Vorwand nicht anerkannt, dass dem Kandidaten der Comuna die Genehmigung der verfassungsgebenden Versammlung für seine Ernennung fehlte. Die 57,45 Prozent der Stimmen dieses Kandidaten wurden der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) angerechnet, die schlussendlich den Bürgermeister der Gemeinde stellte.

Trotz des Rückschlags, den die Aberkennung dieses wichtigen Wahlsiegs bedeutete, die mit massiven Mobilisierungen und Protesten einherging und Solidarisierungen eines bedeutenden Teils der populären Bewegung hervorrief, erhöhte die Comuna *El Maizal* nicht nur weiter ihre Produktionskapazitäten und den Grad der Selbstverwaltung, sondern trieb auch ihre Bemühungen zur Zusammenarbeit und politischen Vernetzung mit anderen Comunas und verschiedenen Strömungen des populären Chavismus im ganzen Land voran.

Bei der Kooperative *Unidos San Agustín Convive* handelt es sich um eine Erfahrung der Selbstverwaltung, die von Bewohner*innen 13 populärer Stadtgebiete in Caracas – hauptsächlich Frauen – initiiert und vorangetrieben wurde. Angesichts der Knappheit und der Spekulation mit Lebensmitteln organisierten sie sich, um direkte Verbindungen mit bäuerlichen Produzent*innen aufzubauen und die Verteilung von Lebensmitteln in den Gemeinden alternativ zu einer kapitalistischen Logik zu organisieren. Auf diese Weise konnten Zwischenhändler*innen in der Lieferkette umgangen und so Einsparungen von rund 60 Prozent im Vergleich zu den üblichen Marktpreisen erzielt werden. Nach einem Jahr wurde eine Kooperative gegründet, die ihre Arbeit auf Textilproduktion, städtische Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung sowie die Organisation und Begleitung einer Gruppe von Kindern in diesen Stadtgebieten erweiterte.

In diesen Prozessen populärer Selbstverwaltung bilden Gemeindeversammlungen die höchste Verhandlungs- und Entscheidungsinstanz. Sie legen die strategische Ausrichtung des Gesamtprojekts fest und genehmigen die von kleineren Arbeitsgruppen für unterschiedliche Teilbereiche entwickelten Pläne zur Umsetzung. Diese Arbeitspläne bilden den Wegweiser für jede Gruppe und ermöglichen es der Versammlung, die Arbeit nachzuvollziehen und zu evaluieren. Die Versammlungen sind pädagogische

Räume, in denen gemeinsam aus Erfahrungen gelernt wird, sowohl in technischen und prozessualen Belangen als auch darüber, wie die leitenden strategischen Prinzipien in der Praxis umgesetzt werden können.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun aus dieser Gesamtschau ziehen? Der Aufbau einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus muss von der Basis ausgehen. Sie muss eine populäre Neu-Schöpfung von unten nach oben sein. Das bedeutet aber nicht, dass es keine Beziehung zum Staat geben kann, die eine Synergie zwischen unten und oben ermöglicht. Die venezolanische Erfahrung zeigt, wie wichtig der Anstoß der Regierung unter Hugo Chávez für die Erweiterung und Verfestigung des Netzwerks populärer Macht war, das sich über das ganze Land ausbreitete. Sie zeigt uns aber auch, dass dieser „von oben“ ausgehende Impuls stets darauf abzielen muss, den Aufbau populärer Macht „von unten“ zu stärken, um die Kräfteverhältnisse dauerhaft zugunsten der ausgegrenzten und unterdrückten Bevölkerungsmehrheit zu verändern, und niemals dazu missbraucht werden darf, die Eigeninitiative und Autonomie der subalternen und unterdrückten Klassen zu ersetzen.

Folglich muss der Aufbau populärer Macht auch die Entwicklung einer nachhaltigen selbstverwalteten Wirtschaftskraft beinhalten. Denn eine organisatorische und politische Struktur, die von externen wirtschaftlichen Impulsen und Unterstützungsleistungen abhängt, ist anfällig für Kooptationsversuche und Einflussnahme „von oben“, was ihre Fähigkeit zur Kritik unterminiert und ihr schließlich das transformative Potenzial und die Fähigkeit zur Selbstverwaltung nimmt.

Wenn wir also davon ausgehen, dass die Erfahrungen populärer Macht der Grundstein sind, der es uns ermöglicht, den Aufbau des Sozialismus von der lokalen und regionalen Ebene ausgehend voranzutreiben, dann sollte diese wirtschaftliche Kraft und Basis nicht einfach auf irgendeiner beliebigen Ressource oder Einnahmequelle beruhen. Vielmehr muss es Anstrengungen geben, von der kapitalistischen Logik abweichende, alternative Produktions- und Lieferketten aufzubauen, die aus der konkreten Praxis heraus zeigen, dass wir gerade durch die Vertiefung selbstverwalteter Strukturen tatsächlich eine emanzipatorische Lösung für die Krise finden werden.

Projekte, die es geschafft haben, ihre eigene wirtschaftliche Kraft zu entwickeln, wie klein sie auch sein möge, konnten sich, selbst in einem

Kontext enormer Schwierigkeiten wie aktuell in Venezuela, erhalten. Sie erfuhren eine Stärkung ihres Organisationsprozesses und entwickelten sich weiter. Vor allem haben sie sich aber in politische Vorbilder verwandelt, die nicht dem Pragmatismus des Marktes erliegen, sondern die Hoffnung auf eine echte Transformation zu einer nichtkapitalistischen Alternative am Leben erhalten.

Diese organisatorischen und produktiven Anstrengungen, die vom Lokalen ausgehen und sich an den regionalen Besonderheiten und Bedürfnissen zur Erhaltung des Lebens orientieren, sind unzureichend, wenn sie sich nicht mit anderen Erfahrungen austauschen und verbinden, um, wie Chávez es nannte, ein großes Netz zu knüpfen, eine neue Machtgeometrie, die ihren Kern in lokalen Einheiten und Bedingungen hat, deren wahre Macht sich jedoch in der Fähigkeit zur Koordination und Verknüpfung ausdrückt. So erhält das, was in einem Gebiet alleine unbedeutend erscheinen mag, ein neues Potenzial, eine Kraft, die aus und in der Praxis entsteht. Es entstehen neue Formen der Politik und neue Formen des Wirtschaftens, die auf die tiefsten und authentischsten Bedürfnisse der ausgegrenzten und unterdrückten Bevölkerungsmehrheit – des *pueblo* – antworten.

Die aus der politischen Zusammenarbeit und Vernetzung sowie dem Aufbau alternativer, nichtkapitalistischer Produktionsketten geschöpfte Kraft wird wiederum unsere Fähigkeiten zur Einflussnahme und für Auseinandersetzungen auf der Ebene des Nationalstaats stärken, damit die verarmte Bevölkerungsmehrheit weiterhin im Zentrum der politischen Agenda steht und ihre Interessen das Handeln der Revolutionsregierung leiten.

Aus dem Spanischen von Franziska Kusche, Magdalena Kraus und Jonathan Scalet

- 1 Mit dem hier verwendeten Adjektiv „populär“ wird auf jene Bevölkerungsgruppen verwiesen, die in Venezuela als „el pueblo“ – „das Volk“ bezeichnet werden. Der Begriff *pueblo* und davon abgeleitete Begriffe stellen eine große Herausfor-

derung für die Übersetzung dar. Während die wörtliche deutsche Entsprechung „Volk“ mit häufig biologistisch oder kulturell konnotierten Vorstellungen einer homogenen und exklusiven Gemeinschaft verbunden wird und unweigerlich an die völkischen Konzepte des Nationalsozialismus erinnert, dominiert im lateinamerikanischen Kontext eine deutlich politischere, stark sozialstrukturell bestimmte und klassenanalytisch gebrochene Bedeutung des spanischen *pueblo*. Bezugspunkt ist die alltagssprachliche Bedeutung des *pueblo* im Sinne der „einfachen Leute“, worunter im heutigen Venezuela etwa das informell arbeitende städtische Prekariat, die verarmten Kleinbäuer*innen, Frauen sowie afrovenezolanische und indigene Bevölkerungsgruppen fallen. Damit meint *pueblo* eben nicht eine politische oder ethnische Gemeinschaft der Gleichen, sondern die von dieser Gemeinschaft historisch ausgegrenzte, unterdrückte und häufig rassistisch diskriminierte Bevölkerungsmehrheit. Dieses Konzept des *pueblo* spielt eine Schlüsselrolle im politisch-ideologischen Diskurs des Chavismus, der sich als Projekt versteht, in dem die historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen zum direkten Subjekt gesellschaftlicher Machtausübung werden (Dussel 2013: 91-98; Ciccariello-Maher 2013: 8f.; Kastner 2013). In der Übersetzung der Essays wurde der Begriff mit Formulierungen wie „unterdrückte Bevölkerungsmehrheit“ oder „marginalisierte Bevölkerungsgruppen“ umschrieben und meist um das spanische Original ergänzt. Das von *pueblo* abgeleitete Adjektiv *popular* wurde – etwa in „populärer Macht“, „populärer Chavismus“ oder „populäre Sektoren“ – in der spanischen Originalschreibweise belassen, um die eben skizzierte politisch-konzeptionelle Bedeutung im chavistischen Diskurs sichtbar zu halten. Wo die Beiträge – etwa in Bezug auf Verfassungstexte – auf die völkerrechtliche Bedeutung des „Staatsvolkes“ rekurrieren, wurde der Begriff ins Deutsche übersetzt (Anm. d. Übersetzer*innen).

- 2 Im Jahr 1992 versuchten linke Gruppierungen innerhalb der Armee, die sich rund um Hugo Chávez unter dem Namen „Bolivarianische Revolutionsbewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano 200*) organisiert hatten, zweimal das politische System zu stürzen und die Staatsmacht zu übernehmen. Die Putschversuche scheiterten, machten Chávez allerdings im ganzen Land bekannt und bereiteten so den Boden für dessen späteren Wahlsieg (Tinker Salas 2015: 122f.). Siehe auch die Einleitung zu diesem Heft (Anm. d. Übersetzer*innen).
- 3 Die 1999 nach dem Amtsantritt von Chávez ausgearbeitete neue Verfassung Venezuelas proklamierte eine nicht mehr bloß repräsentative, sondern „partizipative und antagonistische“ Demokratie für das Land. Demnach sollte die Bevölkerung über eine Reihe von Instrumenten wie lokalen Selbstverwaltungsstrukturen auf Versammlungsbasis oder dem Recht, politische Amtsträger*innen abzuwählen, zur tatsächlichen und permanenten „Protagonistin“ bzw. zum Subjekt politischer Entscheidungsprozesse werden (Wilpert 2007: 53-64) (Anm. d. Übersetzer*innen).
- 4 Die kommunalen Räte (*consejos comunales*) sind basisdemokratische Nachbarnschaftsversammlungen, die sich selbstorganisiert (und teilweise in Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen) um die Verwaltung lokalpolitischer Angele-

genheiten kümmern und die 2006 gesetzlich institutionalisiert wurden. Mit der sogenannten Comuna wurde 2010 eine weitere Organisationsform gesetzlich verankert. In dieser werden mehrere kommunale Räte zu größeren Selbstverwaltungseinheiten integriert und mit produktiven Kapazitäten unter basisdemokratischer Kontrolle verbunden. Daraus sollte perspektivisch ein landesweites Netzwerk populärer Selbstverwaltung und solidar-ökonomischer Produktion als Basis eines demokratischen Sozialismus der Räte entstehen. Die ebenfalls erwähnten Bolivarianischen Zirkel (*Círculos Bolivarianos*) gelten als Vorläuferin dieser beiden Organisationsformen, die bereits 2001 initiiert wurden, im Laufe der Jahre aber an Bedeutung verloren (Ciccariello-Maher 2016: 15-22) (Anm. d. Übersetzer*innen).

- 5 Der Name *Plan Pueblo a pueblo* bedeutet wörtlich übersetzt „Plan von Volk zu Volk“. Damit verweist der Name auf die Zusammenarbeit und Koordination von ländlichen und städtischen Selbstverwaltungseinheiten, die das Projekt charakterisieren (Anm. d. Übersetzer*innen).

Literatur

- Ciccariello-Maher, George (2013): *We created Chávez. A people's history of the Venezuelan Revolution*. Durham/London: Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822378938>
- Ciccariello-Maher, George (2016): *Building the Commune. Radical Democracy in Venezuela*. London/New York: Verso.
- Chávez Frías, Hugo (2009): *Las comunas y los cinco frentes para la construcción del Socialismo. Aló Presidente Teórico 1*. Caracas: Ministerio del Poder Popular para la Comunicación y la Información.
- Dussel, Enrique (2013): *20 Thesen zu Politik*. Berlin: LIT.
- Kastner, Jens (2013): *pueblo*. Probleme einer Übersetzung. In: MALMOE 62, 24.
- Mazzeo, Miguel (2016): *Introducción al poder popular. El sueño de una cosa*. Caracas: Fundación Editorial El Perro y la Rana.
- Santos, Boaventura de Sousa (2018): *Construyendo las Epistemologías del Sur. Para un pensamiento alternativo de alternativas*. Volumen I. Buenos Aires: CLACSO.
- Tinker Salas, Miguel (2015): *Venezuela. What Everyone Needs to Know*. New York: Oxford University Press.
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government*. London/New York: Verso.